

Wen kümmern schon Inhalte? Die Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten in ausgewählten Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 2009

Fürnberg, Ossip; Steinbrecher, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fürnberg, O., & Steinbrecher, M. (2013). Wen kümmern schon Inhalte? Die Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten in ausgewählten Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 2009. In B. Weßels, H. Schoen, & O. W. Gabriel (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009* (S. 151-173). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01328-8_7

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Wen kümmern schon Inhalte? Die Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten in ausgewählten Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 2009

1. Einleitung

Die empirische Wahlforschung hat sich intensiv und in vielfältiger Weise mit der Bedeutung politischer Sachfragen für das Wahlverhalten auseinandergesetzt. Es ist allerdings nicht nur aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung relevant, ob sich die Bürger an den Positionen und thematischen Angeboten der Parteien orientieren und auf deren Basis eine Entscheidung zugunsten einer Partei oder eines Kandidaten treffen, sondern auch von großer gesellschaftlicher und vor allem demokratietheoretischer Bedeutung. Auch wenn Wählen nicht immer auf einer wohlbedachten Entscheidung beruht, so ist doch die auf der Basis politischer Themen erfolgte Stimmabgabe die zentrale Voraussetzung, um aus einem Wahlergebnis bzw. einem Wahlsieg einen Wählerauftrag abzuleiten. Daher ist der Nachweis eines Zusammenspiels zwischen Themenorientierungen und dem Wahlverhalten auch ein Beleg für die Funktionstüchtigkeit eines demokratischen politischen Systems.

Dieser Beitrag untersucht die Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009. Die Konsequenzen einiger langfristiger sozialer Wandlungsprozesse sprechen dafür, dass die Bedeutung von Themenorientierungen bei dieser Bundestagswahl größer gewesen sein sollte als bei vorangegangenen Wahlen (Debus 2007; Dülmer 2005; Kellermann 2008; Kellermann und Rattinger 2005; Kunz und Thaidigsmann 2005; Schmitt 1998; Shikano und Behnke 2009). Entwicklungen und Prozesse wie die Bildungsrevolution, Medienexpansion, Säkularisierung, der Wertewandel sowie insbesondere die abnehmende Bedeutung langfristiger Parteibindungen (Dealignment) (Dalton, Flanagan und Beck 1984; Dalton und Wattenberg 2000; Franklin, Mackie und Valen 1992; Lachat 2007) sollten dazu führen, dass kurzfristige Determinanten – wie Themenorientierungen – ein deutlich größeres Potential für die Erklärung von Wahlverhalten gewinnen.

Trotz der insgesamt günstigeren Voraussetzungen für Issuewahlen reagiert das Elektoral keineswegs homogen auf politische Sachfragen und die darauf bezogenen Angebote der Parteien (Schoen und Weins 2005: 228–231). Vielmehr ist davon auszugehen, dass in bestimmten Wählersegmenten sehr unterschiedliche Voraussetzungen für themenbezogenes Wählen bestehen. So sollten politische Themen bei Personen mit größeren kognitiven Ressourcen, einem stärkeren Interesse an Politik oder fehlenden Bindungen an eine Partei eine

wesentlich größere Rolle für die Wahlentscheidung spielen. Dieser Beitrag richtet daher sein Hauptaugenmerk auf die Bedeutung des Issuewählens in solchen ausgewählten Gruppen des Elektorats.

Um die Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 (in Teilelektoraten) herauszuarbeiten, gehen wir folgendermaßen vor: Im 2. Abschnitt legen wir nach einem kurzen Überblick über den bisherigen Forschungsstand zu sachfragenorientiertem Wählen dar, in welchen Bevölkerungsgruppen wir differenzielle Effekte von Themenorientierungen erwarten. Der daran anschließende Analyseteil ist in zwei Abschnitte gegliedert. Der erste Teil (3.) bietet einen deskriptiven Überblick über die wichtigsten Probleme bei der Bundestagswahl 2009, die Lösungskompetenz der Parteien für diese Probleme sowie die wahrgenommenen Positionen der Parteien und der Wähler zu politischen Streitfragen. Der zweite, größere Teil (4.) konzentriert sich auf die Bedeutung von Themenorientierungen für die Wahlentscheidung in verschiedenen Teilgruppen des Elektorats. Der 5. Abschnitt fasst die Ergebnisse der Analysen zusammen, diskutiert sie und zeigt Möglichkeiten für weitere Arbeiten auf.

2. Politische Themen und ihr Einfluss auf das Wahlverhalten

Politische Sachfragen können unterschiedlich kategorisiert werden (Schoen und Weins 2005: 226 ff.). Für diesen Beitrag zentral ist die inhaltliche Unterscheidung zwischen Positions- und Valenzissues (Stokes 1963: 373). Da bei den Analysen in diesem Beitrag auf das Michigan-Modell in seiner rezipierten Form zurückgegriffen wird (Schoen und Weins 2005: 199–205), konzentriert sich der erste der beiden folgenden Unterabschnitte neben der Unterscheidung zwischen Positions- und Valenzissues auf die Rolle von Themenorientierungen im sozialpsychologischen Ansatz (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell et al. 1960). Der zweite Unterabschnitt bietet einen Überblick über die Hypothesen zu differenziellen Effekten von Themenorientierungen in ausgewählten Teilelektoraten.

2.1 Die Bedeutung von Positions- und Valenzissues für das Wahlverhalten

Valenzissues sind solche Sachfragen, bei denen im Elektorat Einigkeit über die anzustrebenden Ziele besteht. Die politischen Akteure bieten lediglich unterschiedliche Konzepte an, um diese Ziele zu erreichen. Ein wichtiges Entscheidungskriterium bei Valenzissues ist daher die Bewertung der Leistung der politischen Akteure. Im Gegensatz dazu besteht bei Positionsisues sowohl im Elektorat als auch zwischen den politischen Parteien Uneinigkeit hinsichtlich der politischen Ziele. Positionsisues bieten daher einen wesentlich größeren Spielraum für Parteien und Politiker, unterschiedliche Standpunkte deutlich zu machen.

Für Positionsisues haben sich in der empirischen Wahlforschung zwei Operationalisierungen etabliert. Nach dem Distanzmodell in Anlehnung an Downs (1957) vergleichen die

Wähler ihre Positionen zu politischen Themen mit den Positionen der Parteien. Sie entscheiden sich dann für diejenige Partei, deren Position(en) am wenigsten von der bzw. den eigenen abweicht. Da das Distanzmodell relativ hohe Anforderungen an die kognitiven Fähigkeiten und das Informationsniveau der Bürger stellt, entwickelten Rabinowitz und Kollegen (Rabinowitz, Prothro und Jacoby 1982; Rabinowitz und Macdonald 1989) das sogenannte Richtungsmodell. Nach diesem Modell ist zunächst entscheidend für die Wähler, ob eine Partei in einer politischen Streitfrage auf ihrer Seite steht. Gibt es mehrere Parteien mit einer ähnlichen thematischen Positionierung, wird sich ein rationaler Wähler für die Partei entscheiden, die sich am deutlichsten für das entsprechende Ziel engagiert. Zahlreiche empirische Untersuchungen haben versucht, die Überlegenheit eines der beiden Modelle zu belegen, bisher jedoch ohne eindeutigen Befund (Claassen 2009; Lewis und King 1999). Selbst Macdonald, Rabinowitz und Lishaug merken daher zu der Kontroverse zwischen beiden Operationalisierungen an, "if the concern is simply to use issues in predicting the vote, then either the proximity or the directional model will suffice" (1998: 681). Dieser Beitrag folgt dieser Empfehlung, so dass wir uns in den empirischen Analysen auf die Präsentation der Ergebnisse für das Distanzmodell beschränken.

Damit die Wahlberechtigten auf der Basis von Sachfragen individuelle Entscheidungen treffen können, müssen nach Campbell et al. mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Zuerst muss eine Sachfrage von den Wählern wahrgenommen und für wichtig erachtet werden. Die Wähler müssen außerdem zu dem Thema eine eigene Meinung haben und Unterschiede zwischen den verschiedenen Wahlalternativen wahrnehmen (Campbell et al. 1960: 169–171). Je nach der Operationalisierung von Themenorientierungen müssen also Leistungs- oder Positionsunterschiede erkannt werden. Nimmt man diese Voraussetzungen ernst, so ist nur ein Teil des Elektorats überhaupt in der Lage, eine Wahlentscheidung auf der Basis politischer Sachfragen zu fällen (siehe 2.2). Hinzu kommt für empirische Analysen noch eine weitere zentrale Bedingung. Nur wenn Issues unter Kontrolle anderer politischer Einstellungen einen Effekt haben, kann von sachfragenorientiertem Wählen gesprochen werden (Schoen und Weins 2005: 229).

Zentrale weitere politische Einstellungen für das Wahlverhalten sind gemäß dem Michigan-Modell die Parteibindung und die Kandidatenorientierung eines Wahlberechtigten (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell et al. 1960). Daher dienen diese beiden politischen Orientierungen im Folgenden als Kontrollvariablen für die Effekte der Themenorientierungen. Trotz der starken Interdependenz der drei Komponenten leistet jede einzelne unabhängig von den anderen theoretisch wie empirisch einen eigenen nachweisbaren Erklärungsbeitrag zur Wahlentscheidung (Debus 2007; Dülmer 2005; Kellermann 2008; Kellermann und Rattinger 2005; Kunz und Thaidigsmann 2005; Schmitt 1998; Schoen und Weins 2005: 192; Shikano und Behnke 2009). Allerdings muss festgehalten werden, dass die Parteiidentifikation als langfristige Einstellung den beiden kurzfristigen Komponenten vorge lagert ist und diese entsprechend stark prägt, obwohl auch Rückkopplungen durch das Modell nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden (Kellermann 2008: 41–42; Schoen und Weins 2005: 196, 213).

2.2 Die Bedeutung von Themenorientierungen für die Wahlentscheidung in Teilelektoraten

In Abschnitt 2.1 wurde bereits angedeutet, dass nur ein Teil der Wahlberechtigten überhaupt in der Lage ist, auf der Basis politischer Themen eine Wahlentscheidung zu treffen. Im Folgenden werden mehrere Teilgruppen innerhalb des Elektorats vorgestellt, in denen unterschiedlich starke Issueeffekte auftreten (sollten). Die entsprechenden Hypothesen werden zusammengefasst in Tabelle 1 wiedergegeben. Obwohl dem Analysemodell im 4. Abschnitt lediglich das Michigan-Modell in seiner rezipierten Form (Schoen und Weins 2005: 199–205) zugrunde liegt, wird durch die Berücksichtigung der Teilelektorate das Modell jeweils um einzelne Elemente des dahinterstehenden "Kausalitätstrichters" (Campbell et al. 1960: 24) erweitert.

Grundsätzlich erwarten wir für die Bundestagswahl 2009, dass die Befunde für vorangehende Bundestagswahlen, die für das gesamte Elektorat nur einen relativ geringen Einfluss von Themenorientierungen ermittelten (Debus 2007; Dülmer 2005; Kellermann 2008; Kellermann und Rattinger 2005; Kunz und Thaidigsmann 2005; Schmitt 1998; Shikano und Behnke 2009), bestätigt werden können (Hypothese [H] 1). In Bezug auf die Bedeutung von Issueorientierungen für die Wahlentscheidung sollte es allerdings Unterschiede zwischen kleinen und großen Parteien geben. Da kleinere Parteien eine homogenere Wählerschaft aufweisen, keine Angebote für alle Wahlberechtigten machen müssen und daher klarere inhaltliche Positionen beziehen können als die Volksparteien, sollte die Stimmabgabe für die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke stärker von Themenorientierungen bestimmt werden als bei der SPD und den Unionsparteien (Schoen und Weins 2005: 231) (H2). Ein weiterer Grund für ein stärker ausgeprägtes Issuewählen bei diesen Parteien ist auch darin zu finden, dass die kleinen Parteien ohne eigenen Kanzlerkandidaten antreten und Kandidatenorientierungen daher bei einer Entscheidung zu ihren Gunsten zwangsläufig in den Hintergrund treten.

Welche Gruppen von Wahlberechtigten sollten nun in stärkerem Maße auf der Basis von Sachfragen entscheiden? Die betrachteten Gruppen basieren auf drei Variablenkomplexen: soziodemografischen Eigenschaften, politischen Einstellungen sowie "besonderen" Formen des Wahlverhaltens. Bei den soziodemografischen Eigenschaften sollte es für West- und Ostdeutsche ein unterschiedliches Potenzial für Issuewählen geben. Da in Ostdeutschland der Anteil der Wähler mit einer Parteidentifikation zum einen geringer und die durchschnittliche Stärke der Parteibindungen zugleich schwächer ist als in Westdeutschland (Schoen und Weins 2005: 222–225), haben kurzfristige Einflussfaktoren wie Themenorientierungen in Ostdeutschland ein größeres Potenzial, auf die Wahlentscheidung einzuwirken (H3).

Nach den von Campbell et al. (1960: 169–171) benannten Voraussetzungen für die Wirksamkeit von Issues (siehe oben) ist anzunehmen, dass Themenorientierungen nicht bei jedem Bürger auf die Wahlentscheidung durchschlagen, sondern die Bedeutung von Sachfragen in erheblichem Maße von den kognitiven Fähigkeiten abhängt, sich eine Meinung zu diesen Themen zu bilden. Eine höhere formale Bildung ist ein Indikator für höhere kognitive Fähigkeiten, die es ermöglichen, Informationen über Parteien und deren Positionen bes-

ser zu verarbeiten. Mit zunehmendem Bildungsgrad sollten daher Themenorientierungen wichtiger für das Wahlverhalten werden (H4). Im Rahmen der umfangreichen Literatur zur kognitiven Mobilisierung wird nicht nur die Rolle der Bildung, sondern auch die des politischen Interesses hervorgehoben (Dalton 1984, 2008). Nur wer Politik aufmerksam verfolgt, verfügt über ausreichende Informationen, um überhaupt auf der Basis von Themenorientierungen eine Wahlentscheidung zu treffen (Schoen und Weins 2005: 230). Ein höheres politisches Interesse sollte also zu einem höheren Ausmaß von Issuewählen führen (H5).

Tabelle 1: Zusammenfassung der Hypothesen für Effekte von Themenorientierungen in Teilelektoraten

Hypothese	Variable	Erwarteter Effekt
H1	Themenorientierungen (vs. Parteiidentifikation und Kandidatenorientierungen)	Themenorientierungen sind für die Wahlentscheidung weniger wichtig als Parteiidentifikation und Kandidatenorientierungen.
H2	Wahl von FDP, Grünen, der Linken	Themenorientierungen sind für die Wahl kleiner Parteien wichtiger als für die Wahl großer Parteien.
H3	Regionale Herkunft (Ost/West)	Ostdeutsche wählen stärker themenorientiert als Westdeutsche.
H4	Bildung	Höher Gebildete wählen stärker themenorientiert als Personen mit niedrigem Bildungsniveau.
H5	Politisches Interesse	Politisch Interessierte wählen stärker themenorientiert als politisch weniger Interessierte.
H6	Parteiidentifikation	Parteihänger wählen weniger themenorientiert als Personen ohne Parteiidentifikation.
H7	Wechselwähler	Wechselwähler wählen stärker themenorientiert als Personen, die ihre Wahlentscheidung nicht wechseln.
H8	Stimmensplitter	Stimmensplitter wählen stärker themenorientiert als Personen, die Erst- und Zweitstimme nicht splitten.

Auf Grund des Dealignment (Inglehart und Hochstein 1972) steht für eine immer größer werdende Gruppe der Bürger in Deutschland die Parteiidentifikation als wichtige Entscheidungsheuristik für die Wahlentscheidung nicht mehr zur Verfügung (Popkin 1991; Sniderman, Brody und Tetlock 1991). Bürger ohne Parteibindung müssen bei ihrer Wahlentscheidung in deutlich stärkerem Maße auf die kurzfristigen Determinanten zurückgreifen. Im Vergleich zu Wahlberechtigten, die sich mit einer Partei identifizieren, sind also für diejenigen ohne Identifikation stärkere Issueeffekte zu erwarten (H6).

Die beiden letzten Teilgruppen basieren auf "besonderen" Formen des Wahlverhaltens, Wechselwahl und Stimmensplitting. Im Wesentlichen lassen sich drei Ursachen für eine Veränderung der Wahlentscheidung von einer Bundestagswahl zur nächsten nennen, das Fehlen einer (starken) Parteiidentifikation, Einstellungskonflikte (*cross pressures*) sowie

Einstellungsänderungen während einer Wahlperiode (Schoen 2005: 378–381). All diese Ursachen sprechen dafür, dass die Wahlentscheidung der Wechselwähler stärker durch Themenorientierungen geprägt sein sollte (H7).

Stimmensplitting kann ebenfalls auf die drei für die Wechselwahl angeführten Ursachen zurückgeführt werden. Hinzu kommen noch strategische Überlegungen, etwa die Unterstützung einer spezifischen Koalition, indem die eine Partei mit der Erst- und die andere Partei mit der Zweitstimme gewählt wird. Bei Splittern kann es daher sein, dass nicht beide abgegebenen Voten mit den unterstellten Lösungskompetenzen übereinstimmen, beziehungsweise eine der Stimmen nicht der Erstpräferenz gegeben wird (Gschwend 2004). Auch wenn damit eine Vielfalt von Motiven hinter der Entscheidung stehen kann, seine beiden Stimmen auf zwei Parteien aufzuteilen, ist zu erwarten, dass Themenorientierungen bei Stimmensplittern einen stärkeren Beitrag zur Wahlentscheidung leisten als bei Wählern, die beide Stimmen einer Partei geben (H8).

3. Themenorientierungen im Umfeld der Bundestagswahl 2009

In den beiden folgenden Unterabschnitten werden deskriptive Befunde zu Valenz- (3.1) und Positionsisues (3.2) bei der Bundestagswahl 2009 präsentiert. Für die Analysen in diesem Beitrag verwenden wir den kombinierten Vorwahl- und Nachwahlquerschnitt der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2009 (ZA5302).¹ Für die deskriptiven Statistiken und die weiterführenden Analysen nutzen wir ein Gewicht, das sowohl die Überrepräsentation ostdeutscher Befragter als auch ungleiche Auswahlwahrscheinlichkeiten auf der Basis der Haushaltsgröße ausgleicht. Teilweise ziehen wir zum Vergleich die Wahlstudien zu den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 heran.

3.1 Wichtigstes Problem und Lösungskompetenzen

Bevor wir genauer auf den Einfluss von Issueorientierungen auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 eingehen, wollen wir die Bedeutung von Themen im Umfeld der

1 Die Daten, die diesem Beitrag zugrunde liegen, wurden im Rahmen der German Longitudinal Election Study (Komponente 1: Vorwahl- und Nachwahl-Querschnitt [Kumulation]) erhoben. Die Erhebung geschah im Auftrag von Hans Rattinger (Universität Mannheim), Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt a. M.), Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim) und Bernhard Weßels (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW) und GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. GESIS ist auch für die Datenaufbereitung und -dokumentation verantwortlich und stellt die Daten für Analysen zur Verfügung. Die Daten sind verfügbar unter: GESIS, Köln: ZA5302, Version 4.0.0, doi: 10.4232/1.10356. Weder die genannten Personen noch die beteiligten Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

Wahl beschreiben. Arbeitsmarkt- (37.2 Prozent) und Wirtschaftspolitik (26.4 Prozent) waren mit Abstand die wichtigsten Probleme (Tabelle 2). Nur wenige weitere Problembereiche erreichten überhaupt einen relevanten Anteil der Nennungen von über 5 Prozent der Wählerschaft. Dazu gehören neben der Sozialpolitik der Bereich normative Ordnung² und die Finanzpolitik.

Tabelle 2: Das wichtigste Problem bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005

Politikbereich	2009						2005	
	Ost		West		Gesamt		Gesamt	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Arbeitsmarktpolitik	546	41.4 %	896	36.5 %	1429	37.2 %	1871	73.9 %
Wirtschaftspolitik	323	24.5 %	670	27.3 %	1015	26.4 %	201	8.0 %
Sozialpolitik	159	12.1 %	346	14.1 %	535	13.9 %	188	7.5 %
Normative Ordnung	59	4.5 %	138	5.6 %	221	5.7 %	–	–
Finanzpolitik	38	2.9 %	153	6.2 %	215	5.6 %	24	0.9 %
Bildungspolitik	53	4.0 %	71	2.9 %	121	3.1 %	48	1.9 %
Sonstige	140	10.6 %	180	7.3 %	308	8.0 %	199	7.9 %
Gesamt	1318	100 %	2454	100 %	3844	100 %	2531	100 %

Kodierung der Variablen: Kategorien 2009: nach Codierschema der GLES. Kategorien 2005: Arbeitsmarktpolitik: Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt; Wirtschaftspolitik: wirtschaftliche Situation, Wirtschaftsentwicklung; Sozialpolitik: Familienpolitik, Alterssicherung, soziale Ungerechtigkeit; Finanzpolitik: Steuer- und Finanzpolitik; Bildungspolitik: Bildung/Schule/Ausbildung.

Gewichtung: Für den Ost-West-Vergleich wurde nur das Haushaltsgewicht ohne eine Anpassung an das tatsächliche Verhältnis der Populationen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt.

Quelle: ZA5302, ZA4332.

Vergleicht man die Nennungen der Bürger zur Bundestagswahl 2009 mit denen für 2005,³ so war bei der vorangegangenen Bundestagswahl der Arbeitsmarkt mit deutlichem Abstand (73.9 Prozent) das dominierende Thema vor der wirtschaftlichen Lage (8.0 Prozent). Abgesehen von der Sozialpolitik wurden andere Themenbereiche so gut wie gar nicht genannt. Insgesamt schlug sich die Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 nicht in einem Anstieg von Problemwahrnehmungen im ökonomischen Bereich nieder, vielmehr erfolgte eine Verschiebung zugunsten von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik.

Die höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland machte sich auch 2009 bei einem Vergleich der Problemnennungen zwischen Ost- und Westdeutschland bemerkbar. Im Osten wurde die Problemwahrnehmung weniger stark auf die Bereiche Wirtschafts-, Sozial- und

- 2 Der Bereich normative Ordnung beinhaltet unter anderem Nennungen genereller Kritik an Parteien und Gesellschaft, aber auch Politikverdrossenheit oder Werteverfall.
- 3 Der Vergleich mit der Wahlstudie des Jahres 2005 ist nicht unproblematisch, da 2005 ein anderes Kategorienschema verwendet und direkt durch die Interviewer umgesetzt wurde, während 2009 offene Antworten nachcodiert wurden.

Finanzpolitik umgelenkt. Die Nennungen für all diese Bereiche sind niedriger als in Westdeutschland.

Unabhängig davon, welches Problem als das wichtigste wahrgenommen wird, wurde den beiden Unionsparteien zusammengenommen mit deutlichem Abstand die Fähigkeit zur erfolgreichen Lösung des jeweiligen Problems zugetraut (30.9 Prozent) (Tabelle 3). Lediglich 18.5 Prozent der Wahlberechtigten sahen die SPD als die Partei an, die das wichtigste Problem in Deutschland bewältigen könnte. Überraschend ist, dass der Linken deutlich häufiger die Lösungskompetenz zugesprochen wurde als der FDP oder den Grünen. Ein knappes Fünftel der Deutschen traute keiner Partei die Lösung des wichtigsten Problems in Deutschland zu.

Tabelle 3: Lösungskompetenz für das wichtigste Problem bei der Bundestagswahl 2009

	Arbeitsmarkt-politik	Wirt-schafts-politik	Sozial-politik	Normati-ve Ord-nung	Finanz-politik	Bildungs-politik	Gesamt 2009	Gesamt 2005
Union	30.3%	36.9%	28.8%	22.8%	36.2%	29.4%	30.9%	32.3%
SPD	20.5%	18.9%	22.5%	9.8%	11.9%	21.0%	18.5%	25.0%
FDP	6.1%	7.4%	5.8%	3.3%	10.7%	5.0%	6.7%	3.4%
Grüne	3.9%	3.9%	5.6%	7.6%	3.4%	21.0%	6.3%	1.5%
Die Linke	9.8%	6.7%	14.7%	16.3%	9.0%	9.2%	10.2%	3.8%
Anderer Partei	2.8%	1.5%	3.5%	2.7%	1.1%	0.0%	2.6%	1.5%
Alle Parteien gleich gut	6.4%	5.4%	6.7%	5.4%	3.4%	7.6%	6.1%	5.6%
Keine Partei	20.3%	19.3%	12.3%	32.1%	24.3%	6.7%	18.7%	26.1%
Gesamt	1 303	929	462	184	177	119	3 475	2 421

Kategorien: siehe Tabelle 2.

Quelle: ZA5302, ZA4332.

Der Vergleich mit der Bundestagswahl 2005 zeigt, dass sich bezüglich der erwarteten Lösungskompetenz der Parteien enorme Verschiebungen ergaben. Während die großen Parteien in der Regierung, und dort insbesondere die SPD, zusammen ca. 10 Prozentpunkte des Zuspruchs der Wähler verloren, gewannen die kleinen Parteien in der Opposition zusammen etwa 15 Prozentpunkte hinzu und konnten damit ihren Anteil nahezu verdreifachen (zusammen 23.2 Prozent). Interessant ist der deutliche Rückgang des Anteils in der Bevölkerung, der keiner Partei die Lösung des wichtigsten Problems zutraut. Statt 26.1 Prozent wie 2005 waren es 2009 nur noch 18.7 Prozent. Möglicherweise zeigen sich in dieser Abnahme die Konsequenzen des erfolgreichen Krisenmanagements durch die Große Koalition während der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die herausgehobene Stellung der Unionsparteien zeigt sich auch bei einer Betrachtung der Lösungskompetenzen nach einzelnen Themenbereichen. Die Union wurde nicht nur von denen als am tatkräftigsten eingeschätzt, die Wirtschafts- oder Finanzpolitik als dring-

lichste Probleme angaben (36.9 bzw. 36.2 Prozent), sondern in allen sechs am häufigsten genannten Bereichen, unter denen sich auch die langjährigen SPD-Domänen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Kunz und Thaidigsmann 2005: 60) finden. Die SPD konnte nur in drei Politikbereichen mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten von ihrer Kompetenz begeistern. Die kleinen Parteien erreichten nur in wenigen Ausnahmen Werte von über 10 Prozent. Besonders augenfällig ist der hohe Wert der Grünen bei der Bildungspolitik (21.0 Prozent). Die Linke kann vergleichsweise hohe Werte in der Sozialpolitik und im Bereich normative Ordnung vorweisen (14.7 bzw. 16.3 Prozent). Im letztgenannten Bereich traute etwa ein Drittel der Bürger keiner Partei eine Lösung zu. Ein knappes Viertel sah keine Partei als kompetent für die Beseitigung finanzpolitischer Probleme an.

3.2 Politische Positionen von Parteien und Wählern

Für die Valenzissus zeigt sich bei der Bundestagswahl 2009 ein deutlicher Einfluss der Wirtschaftskrise und wirtschaftspolitischer Aspekte. Im Gegensatz zur Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Deutschland hatten die Befragten bei den Positionsissus keinerlei Spielraum und mussten ihre eigene sowie die Position der Parteien auf der Basis einer elfstufigen Skala unter Vorgabe der jeweiligen Pole angeben. Tabelle 4 fasst verschiedene Informationen zu den Positionsissus zusammen. Es zeigt sich, dass der Anteil der Befragten, der eine Stellungnahme zur Position der Partei abgeben konnte, zwischen den Parteien deutlich variiert. Bei der CDU und der SPD war die Kenntnis der Positionen am höchsten und variiert zwischen 86.8 und 91.6 Prozent. Die Positionen der Linken waren dagegen weitaus weniger bekannt. Lediglich drei Viertel bis vier Fünftel der Befragten konnten überhaupt eine Angabe zu den Positionen dieser Partei machen. Mit Ausnahme der FDP und der Linken konnten die Befragten die Positionen der Parteien zur Kernenergie am besten einordnen.

Um eine wohlabgewogene Wahlentscheidung treffen zu können, genügt es nicht, eine eigene Position zu einer politischen Streitfrage zu haben sowie die Position nur einer Partei zu kennen. Vielmehr sind Kenntnisse über die Positionen aller Parteien notwendig. Der zweite Teil von Tabelle 4 zeigt daher, wie viel Prozent der Wahlberechtigten zu einer bestimmten Anzahl von Positionsnennungen in der Lage waren. Lediglich zwischen 67.9 und 70.9 Prozent der Teilnehmer am Querschnitt der GLES konnten eine Angabe zu den Positionen aller 6 Parteien machen.⁴ Offensichtlich waren die Kenntnisse über die Positionen zur Kernenergie am besten, die über die Positionen zum Steuern-Sozialstaat-Thema am schlechtesten.

4 Diese Werte bewegen sich scheinbar über dem Kenntnisniveau bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2005 (ZA3066, ZA3861, ZA4332) (2005: 57.8 bis 67.4 Prozent; 2002: 39.9 bis 53.4 Prozent, 1998: 45.5 bis 58.7 Prozent). Allerdings sind die auf der Basis der Wahlstudien zu diesen Wahlen berechneten Werte aufgrund anderer Positionsissus (1998 bis 2005) und einer abweichenden Auswahl der Parteien (1998 und 2002 keine separate Abfrage für die CSU) nur bedingt vergleichbar.

Tabelle 4: Issuepositionen der Parteien und Wahlberechtigten in Deutschland 2009

	Anteil der Befragten mit Stellungnahme zur jeweiligen Position (%)						
	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Ego
Steuern-Sozialstaat	88.2	83.4	87.9	86.0	80.6	79.3	93.1
Zuzug von Ausländern	87.3	84.9	86.8	81.4	84.2	79.3	95.8
Kernenergie	91.6	87.7	90.2	85.7	95.3	75.9	92.5
	Anzahl der Positionsennungen für die Parteien je Befragten (%)						
	0	1	2	3	4	5	6
Steuern-Sozialstaat	6.5	2.3	2.8	3.3	6.2	11.0	67.9
Zuzug von Ausländern	8.2	2.1	1.9	2.9	4.7	9.9	70.1
Kernenergie	3.4	3.1	1.8	2.6	4.9	13.4	70.9
	Mittelwerte der (wahrgenommenen) Positionen über alle Befragten						
	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Ego
Steuern-Sozialstaat	-0.18	-0.21	0.14	-0.33	0.16	0.26	-0.08
Zuzug von Ausländern	0.30	0.42	-0.14	0.14	-0.38	-0.18	0.30
Kernenergie	-0.41	-0.46	0.22	-0.29	0.81	0.39	0.25

Kodierung der Variablen: Positionsisuues: 11er-Skala, transformiert auf einen Wertebereich zwischen -1 und +1. Steuern-Sozialstaat: -1: weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, +1: mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet; Zuzug von Ausländern: -1: Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden, +1: Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden; Kernenergie: -1: weiterer Ausbau der Kernenergie, +1: sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke.

Quelle: ZA5302.

Die Mittelwerte für die Positionen der einzelnen Parteien entsprechen weitestgehend den Erwartungen. Während beim Thema Steuern-Sozialstaat die FDP und die Linke die Extrempositionen besetzen, sind es bei den Themen Zuzug von Ausländern und Kernenergie die CSU und die Grünen. Von besonderem Interesse ist, wie sich die Befragten im Mittel im Verhältnis zu den Parteien einschätzen. Beim Thema Steuern vs. Sozialstaat tendierten die Bürger im Umfeld der Bundestagswahl 2009 im Mittel eher dazu, weniger Steuern bezahlen zu müssen und dementsprechend auch weniger sozialstaatliche Leistungen zu erhalten. Damit befanden sie sich am nächsten zur wahrgenommenen mittleren Position der CDU. Noch stärker war die Übereinstimmung beim Thema Zuzug von Ausländern. Hier waren die Bürger im Mittel für eine Beschränkung der Einwanderung und befanden sich mit dieser Position in vollständiger Übereinstimmung mit der CDU. In Bezug auf den Umgang mit der Kernenergie waren die Befragten im Mittel eher für eine sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke. Hier entsprach die wahrgenommene mittlere Position der SPD nahezu perfekt derjenigen der Bürger.

4. Issuewählen in verschiedenen Segmenten des Elektorats

Vor der Präsentation der Analyseergebnisse für die Bedeutung von Themenorientierungen in Teilgruppen des deutschen Elektorats ist ein kurzer Überblick über die Analysestrategie notwendig: Die abhängigen Variablen der Analysen sind dichotome Variablen für die Wahlentscheidung zugunsten der im Bundestag vertretenen Parteien. In der Referenzgruppe finden sich jeweils alle anderen Befragten.⁵ Entsprechend der dichotomen abhängigen Variablen verwenden wir für die multivariaten Analysen binäre logistische Regressionen. Aus Gründen der Effizienz und Übersichtlichkeit konzentrieren wir uns bei der Interpretation zum einen auf die Veränderungen der Modellgüte (ΔR^2), wenn die jeweilige Variable in einem letzten Schritt separat in das Modell eingeführt wird. Zum anderen werden die Wahrscheinlichkeitsveränderungen für das Auftreten der abhängigen Variablen betrachtet, wenn man in die logistische Regressionsgleichung einerseits das Minimum, andererseits das Maximum der Variablen einsetzt und die anderen Variablen im Modell, je nach Skalenniveau, bei Modus, Median oder Mittelwert konstant hält.⁶ Es sei darauf hingewiesen, dass die beiden berichteten Parameter nicht in einem funktionalen Verhältnis zueinander stehen: Auch große Änderungen der Wahlwahrscheinlichkeit können mit einer geringen Veränderung des Pseudo- R^2 einhergehen.

Die Analyseergebnisse werden getrennt für Valenz- und Positionissues präsentiert. Zu Beginn steht jeweils ein Modell, in dem nicht nach Teilelektoraten differenziert wird. Für dieses Modell mit allen Befragten werden sowohl unstandardisierte Effektkoeffizienten, Standardfehler und Nagelkerkes R^2 als Maß für die Modellgüte präsentiert als auch die angesprochenen Veränderungen der Wahlwahrscheinlichkeit und der Verbesserung der Modellgüte. Für die Teilelektorate finden sich lediglich die beiden letztgenannten Parameter.

4.1 Problemlösungskompetenz und Wahlverhalten in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

Die Tabellen 5 und 6 zeigen die Bedeutung von Valenzissues bei der Bundestagswahl 2009. Die Modellanpassung, gemessen in Nagelkerkes Pseudo- R^2 , liegt je nach Partei zwischen 0.405 und 0.636, variiert also beträchtlich. Alle drei Bestandteile der Michigan-Trias entfallen durchgehend signifikante Effekte auf die Wahlentscheidung.

- 5 Auf Grund dieser Modellierung kann es in einigen Teilgruppen, insbesondere bei den drei kleinen Parteien, zu geringen Fallzahlen kommen. Dieser Problematik wird allerdings durch die Parameter der Modellschätzung ausreichend Rechnung getragen, da Ergebnisse für zu kleine Gruppen nicht signifikant werden.
- 6 Für die Berechnung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der Themenorientierungen bedeutet dies, dass wir die Wahrscheinlichkeitsveränderungen für diejenigen berichten, die keine Parteiidentifikation mit der entsprechenden Partei und keine Kandidatenorientierung haben. Die Konsequenz aus diesem Vorgehen ist, dass die Effekte der Themenorientierungen systematisch überschätzt werden. Allerdings handelt es sich bei dieser Gruppe um die deutlich größte, so dass die Auswahl dieser Referenzgruppe gerechtfertigt scheint.

Die Parteiidentifikation ist für die Wahlentscheidung zugunsten der Grünen am wichtigsten. Hier zeigt sich sowohl die stärkste Zunahme der Modellgüte als auch der Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen. So würde sich die Wahlwahrscheinlichkeit bei einem Wähler, der keinen der Kanzlerkandidaten bevorzugt und die Grünen weder beim wichtigsten noch beim zweitwichtigsten Problem für lösungskompetent hält, um 81.5 Prozentpunkte erhöhen, wenn er statt keiner eine starke Parteiidentifikation mit den Grünen hätte. Auch bei der Linken führt eine starke Parteiidentifikation *ceteris paribus* zu einer ähnlichen Erhöhung der Wahlwahrscheinlichkeit. Eine vergleichsweise geringe Rolle spielt die Parteiidentifikation bei der Wahlentscheidung für die Unionsparteien (+5.4 Prozentpunkte Zuwachs bei der Modellgüte, +24.8 Prozentpunkte bei der Wahrscheinlichkeit).

Tabelle 5: Erklärungsmodell mit der Problemlösungskompetenz für Valenzissues für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009, logistische Regression

Variable	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		Linke	
	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler
PID	2.52 ^c	0.16	3.26 ^c	0.21	3.55 ^c	0.35	4.96 ^c	0.29	4.93 ^c	0.37
Valenzissues	0.69 ^c	0.04	0.69 ^c	0.05	1.21 ^c	0.07	0.92 ^c	0.09	1.33 ^c	0.07
Kandidat	1.49 ^c	0.12	0.80 ^c	0.08	1.01 ^c	0.11	0.40 ^c	0.09	0.24 ^a	0.10
Konstante	-3.47 ^c	0.12	-2.84 ^c	0.08	-3.36 ^c	0.11	-3.19 ^c	0.09	-3.55 ^c	0.10
R ²	0.636		0.584		0.405		0.448		0.567	
N	4044		4044		4044		4044		4044	

Kodierung der Variablen: Wahlentscheidung für eine Partei: Kombination von Wahlabsicht und Rückerinnerung.

1: Wahlentscheidung für die jeweilige Partei; 0: Wahlentscheidung für alle anderen Parteien, Nichtwahl, weiß nicht, keine Angabe. Parteiidentifikation (PID): 0: keine PID mit der jeweiligen Partei; 0.25: sehr schwache oder schwache PID mit der jeweiligen Partei; 0.5: mittlere PID mit der jeweiligen Partei; 0.75: starke PID mit der jeweiligen Partei; 1: sehr starke PID mit der jeweiligen Partei. Problemlösungskompetenz Valenzissues (Valenzi.): 0: Jeweilige Partei wird weder für die Lösung des wichtigsten noch des zweitwichtigsten Problems als kompetent angesehen; 1: jeweilige Partei wird als kompetent für die Lösung des zweitwichtigsten Problems angesehen; 2: jeweilige Partei wird als kompetent für die Lösung des wichtigsten Problems angesehen; 3: jeweilige Partei wird als kompetent für die Lösung des wichtigsten und des zweitwichtigsten Problems angesehen. Kandidat: bei CDU/CSU und FDP: 1: Präferenz für Angela Merkel; 0: Präferenz für keinen von beiden; -1: Präferenz für Frank-Walter Steinmeier. Bei SPD, Grünen und der Linken: 1: Präferenz für Frank-Walter Steinmeier; 0: Präferenz für keinen von beiden; -1: Präferenz für Angela Merkel.

Signifikanzniveau: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: ZA5302.

Die Präferenz für einen der beiden Kanzlerkandidaten, Angela Merkel oder Frank-Walter Steinmeier, sollte sich besonders auf die Wahl der entsprechenden Partei(en) beziehungsweise der potenziellen Koalitionspartner auswirken. So ist der Kandidateneffekt für die Unionsparteien (bei beiden Indikatoren) wenig überraschend am stärksten. Eine deutliche Verbesserung der Modellgüte ist auch beim FDP-Modell erkennbar. Für die linken Parteien tritt zwar der erwartete Effekt einer positiven Verknüpfung der Wahl mit der Präferenz für

Frank-Walter Steinmeier auf, allerdings ist er für die Grünen und die Linke äußerst gering und selbst für die SPD vergleichsweise schwach.

Bei der Bundestagswahl 2009 scheinen Valenzissues eine relativ wichtige Rolle gespielt zu haben. Außergewöhnlich starke Issueeffekte (53.6 Prozentpunkte Wahrscheinlichkeitszunahme) zeigen sich für die Wahl der FDP. Aber auch die Wahl der Linken ist deutlich durch die wahrgenommenen Lösungskompetenzen bestimmt. Für die übrigen Parteien ist der Einfluss von Issues immerhin durchgehend größer als der der Kanzlerpräferenz. Dies gilt sowohl für die Verbesserung der Modellgüte als auch für die Zunahme der Wahlwahrscheinlichkeit.

Tabelle 6: Erklärungsmodell mit der Problemlösungskompetenz für die Valenzissues für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009, Wahrscheinlichkeitsänderungen und Verbesserungen der Modellgüte auf Basis der logistischen Regression in Tabelle 5

Variable	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		Linke	
	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$
PID	0.054 ^c	0.248	0.068 ^c	0.548	0.047 ^c	0.513	0.147 ^c	0.815	0.088 ^c	0.770
Valenzissues	0.056 ^c	0.167	0.044 ^c	0.261	0.116 ^c	0.536	0.045 ^c	0.355	0.147 ^c	0.580
Kandidat	0.049 ^c	0.114	0.026 ^c	0.089	0.045 ^c	0.074	0.009 ^c	0.031	0.002 ^a	0.013
R ²	0.636		0.584		0.405		0.448		0.567	
N	4044		4044		4044		4044		4044	

Kodierung der Variablen: siehe Tabelle 5.

ΔR^2 : Veränderung der Gesamterklärungskraft des Modells durch Hinzufügen der jeweiligen Variablen im letzten Schritt einer schrittweisen logistischen Regression; $\Delta Wkt.$: Wahrscheinlichkeitsveränderung für die Wahl der entsprechenden Partei, wenn man die jeweilige Variable vom Minimum zum Maximum bewegt und die anderen Variablen je nach Skalenniveau auf Modus, Median oder Mittelwert setzt.

Signifikanzniveau: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: ZA5302.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass besonders die Wahl der FDP und der Linken durch die wahrgenommenen Lösungskompetenzen bestimmt war, während die der SPD und der Grünen eher durch die Parteiidentifikation determiniert wurde. Die Unionspräferenz wurde von Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und Lösungskompetenz in ähnlichem Maße beeinflusst.

Hypothese 1 lässt sich also nicht bestätigen. Nimmt man die Verbesserung der Modellgüte als Maßstab, waren Themenorientierungen für die Wahl aller Parteien wichtiger als die Kandidatenpräferenz. Möglicherweise ist der Grund hierfür in der wenig polarisierenden und konfliktbehafteten Konstellation der Kanzlerkandidaten der Unionsparteien und der SPD zu suchen. Dass Issues für die Wahl kleiner Parteien von größerer Bedeutung sind als für die Wahl großer, kann tendenziell bestätigt werden (Hypothese 2). Allerdings weichen die Ergebnisse für die Grünen durch die ungewöhnlich starke Dominanz der Parteiidentifikation von diesem generellen Bild ab. Die besonders starken Themeneffekte für die FDP und die Linke sind möglicherweise durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedingt, die im

Jahr 2009 die politische Agenda dominierte und für beide Parteien Kernbestandteil ihrer Programmatik war.

Tabelle 7 zeigt die Bedeutung von Valenzissues in verschiedenen Gruppen des Elektorats. Die Hypothese, dass Ostdeutsche ihre Wahlentscheidung in stärkerem Maße als Westdeutsche auf der Basis von Themenorientierungen treffen, kann nicht bestätigt werden. Mit Ausnahme der Unionsparteien gilt für alle Parteien, dass die Verbesserung der Modellgüte durch das Hinzuziehen der Lösungskompetenz im Westen Deutschlands größer ist. Auch für die Wahrscheinlichkeitsveränderungen zeigen sich lediglich bei den Unionsparteien und den Grünen höhere Werte in Ost- als in Westdeutschland. Insgesamt sticht die Linke im Westen besonders heraus. Die besondere Bedeutung politischer Sachfragen für die Wahl dieser Partei in Westdeutschland ist vor allem darin begründet, dass westdeutsche Wähler keine langfristigen Bindungen zu dieser Partei aufbauen konnten und die Linke im Gegensatz zu den anderen Parteien keinem politischen Lager und den entsprechenden Kanzlerkandidaten zugeordnet werden kann.

Für Bildung und politisches Interesse lassen sich keine systematischen Effekte über alle Parteien hinweg identifizieren, unabhängig davon, ob man Verbesserungen der Modellgüte oder Veränderungen der Wahlwahrscheinlichkeiten betrachtet. Lediglich bei den Unionsparteien und den Grünen zeigt sich der erwartete positive Einfluss der Bildung. Die Hypothese, dass mehr kognitive Ressourcen und eine stärkere kognitive Involvierung zu stärkerem Issuewählen führen, lässt sich also nicht bestätigen.

Bezüglich der Parteiidentifikation entsprechen die Ergebnisse hingegen vollkommen den Erwartungen. Für die Wahl aller Parteien gilt, dass politische Themen für ungebundene Wähler wesentlich wichtiger sind als für parteigebundene, was sich in den Veränderungen des Pseudo- R^2 und der Wahlwahrscheinlichkeiten zeigt. Besonders deutlich wird dies bei den drei kleinen Parteien. Für Wähler ohne Parteiidentifikation steigt beispielsweise die Wahlwahrscheinlichkeit für die Grünen um 82.0 Prozentpunkte, wenn sie als fähig eingestuft werden, die beiden wichtigsten Probleme in Deutschland zu lösen.

Für die Unterscheidung zwischen Wechsel- und Stammwählern zeigen die Ergebnisse in Tabelle 7, dass themenbezogene parteipolitische Präferenzen ein Grund dafür sind, von einer Bundestagswahl zur nächsten die Wahlentscheidung zu ändern. Die Verbesserung der Modellgüte durch die Einbeziehung von Themenorientierungen ist bei allen Parteien für die Wechselwähler größer als für die Stammwähler und auch bei den Wahrscheinlichkeitsveränderungen sind, außer für die SPD, entsprechende Ergebnisse zu finden. Besonders stark wird offenbar der Wechsel zur Union und zur Linken durch Themenorientierungen bestimmt.

Bezüglich des Stimmensplittings ergibt sich keinerlei Unterstützung für die aufgestellte Hypothese. Der Zuwachs bei der Modellgüte und die Wahrscheinlichkeitsveränderungen sind für Personen, die beide Stimmen einer Partei gegeben haben, höher als für Stimmensplitter. Die einzige Ausnahme stellen die Unionsparteien dar, bei denen sich die Modellgüte für Splitter um 9.1 Prozentpunkte verbessert, während sie bei Personen, die beide Stimmen der CDU oder der CSU gegeben haben, nur um 3.4 Prozentpunkte zunimmt, wenn man die Themenorientierungen in einem letzten Schritt in das Modell integriert.

Tabelle 7: Bedeutung der Problemlösungskompetenz für die Valenzissues für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 in verschiedenen Gruppen

	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		Linke	
	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$
Gesamt	0.056 ^c	0.167	0.044 ^c	0.261	0.116 ^c	0.536	0.045 ^c	0.355	0.147 ^c	0.580
West	0.046 ^c	0.151	0.045 ^c	0.261	0.117 ^c	0.545	0.047 ^c	0.353	0.204 ^c	0.696
Ost	0.092 ^c	0.178	0.028 ^c	0.195	0.104 ^c	0.446	0.036 ^c	0.429	0.055 ^c	0.326
Bildung niedrig	0.046 ^c	0.136	0.047 ^c	0.323	0.065 ^c	0.470	0.034 ^c	0.183	0.178 ^c	0.615
mittel	0.055 ^c	0.192	0.050 ^c	0.267	0.184 ^c	0.607	0.034 ^c	0.442	0.113 ^c	0.521
hoch	0.076 ^c	0.199	0.030 ^c	0.172	0.072 ^c	0.435	0.084 ^c	0.572	0.160 ^c	0.656
Interesse niedrig	0.055 ^c	0.141	0.051 ^c	0.253	0.097 ^c	0.389	0.058 ^c	0.469	0.182 ^c	0.573
mittel	0.065 ^c	0.236	0.043 ^c	0.297	0.139 ^c	0.584	0.024 ^c	0.194	0.178 ^c	0.592
hoch	0.036 ^c	0.088	0.037 ^c	0.209	0.116 ^c	0.649	0.071 ^c	0.487	0.095 ^c	0.674
PID	0.032 ^c	0.113	0.021 ^c	0.133	0.063 ^c	0.427	0.014 ^c	0.131	0.065 ^c	0.411
Keine PID	0.160 ^c	0.251	0.183 ^c	0.573	0.267 ^c	0.646	0.239 ^c	0.820	0.319 ^c	0.654
Wechselwähler	0.164 ^c	0.301	0.040 ^c	0.176	0.123 ^c	0.637	0.075 ^c	0.600	0.288 ^c	0.842
Stammwähler	0.019 ^c	0.191	0.027 ^c	0.486	0.070 ^c	0.446	0.049 ^c	0.523	0.043 ^c	0.326
Splitting	0.091 ^c	0.255	0.032 ^c	0.236	0.047 ^c	0.455	0.015 ^b	0.242	0.139 ^c	0.656
Kein Splitting	0.034 ^c	0.280	0.046 ^c	0.572	0.189 ^c	0.798	0.115 ^c	0.880	0.199 ^c	0.865

Kodierung der Wahlentscheidung, Parteiidentifikation (PID) als Erklärungsvariable im Modell, Lösungskompetenz für die Valenzissues und Kandidatenorientierung: siehe Tabelle 5, PID als Gruppenvariable.

PID: schwache bis sehr starke PID mit der jeweiligen Partei; keine PID: keine PID mit der jeweiligen Partei.

Bildung: niedrig: ohne Abschluss, Hauptschulabschluss; mittel: Realschulabschluss; hoch: Fachhochschulreife, Abitur. (Politisches) Interesse: niedrig: überhaupt nicht, weniger stark; mittel: mittelmäßig; hoch: ziemlich stark, sehr stark. Wechselwähler: Wahl unterschiedlicher Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009; Stammwähler: Wahl derselben Partei bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009. Splitting: Wahl unterschiedlicher Parteien mit Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2009; kein Splitting: Wahl derselben Partei mit Erst- und Zweitstimme.

ΔR^2 : Veränderung der Gesamterklärungskraft des Modells durch Hinzufügen der Lösungskompetenz für die Valenzissues im letzten Schritt einer schrittweisen logistischen Regression (Nagelkerkes R^2); $\Delta Wkt.$: Wahrscheinlichkeitsveränderung für die Wahl der entsprechenden Partei, wenn man die Valenzissuessvariable vom Minimum zum Maximum bewegt und die anderen Variablen je nach Skalenniveau auf Modus, Median oder Mittelwert setzt.

Signifikanzniveau: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: ZA5302.

4.2 Issuedistanzen und Wahlverhalten in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

Wie bei den Analysen für die Lösungskompetenzen bieten wir zuerst einen allgemeinen Überblick mithilfe des Gesamtmodells für alle Befragten (Tabellen 8 und 9). Gemessen am

Pseudo-R² bewegt sich die Erklärungsleistung der Modelle zwischen 0.342 und 0.598.⁷ Mit Ausnahme der Kandidatenorientierung im Modell für die Linke sind alle Effekte signifikant, das heißt Parteiidentifikation, Issuedistanzen und Kandidatenorientierungen liefern jeweils einen eigenständigen Erklärungsbeitrag für die Erklärung der Wahlentscheidung zugunsten der im Bundestag vertretenen Parteien.

Tabelle 8: Erklärungsmodell mit Positionsisues für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009, logistische Regression

Distanzmodell	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		Linke	
	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler	b	Std.-fehler
PID	3.32 ^c	0.17	4.18 ^c	0.21	5.14 ^c	0.34	5.29 ^c	0.29	6.46 ^c	0.37
Positionsisues	-2.01 ^c	0.38	-1.71 ^c	0.47	-4.50 ^c	0.54	-3.10 ^c	0.49	-3.33 ^c	0.55
Kandidat	1.65 ^c	0.12	1.01 ^c	0.08	0.66 ^c	0.10	0.33 ^b	0.10	0.12	0.11
Konstante	-2.35 ^c	0.17	-1.97 ^c	0.15	-1.44 ^c	0.16	-1.83 ^c	0.16	-1.82 ^c	0.17
R ²	0.598		0.556		0.342		0.440		0.470	
N	3004		3008		2788		2825		2507	

Kodierung der Wahlentscheidung, Parteiidentifikation (PID) und Kandidatenorientierung: siehe Tabelle 5.

Positionsisues: Distanzmodell: euklidische Distanz zwischen den Issuepositionen des Befragten und der jeweiligen Partei über alle drei Positionsisues (Davis, Hinich und Ordeshook 1970: 432). 0: kein Unterschied zwischen den Positionen des Befragten und der jeweiligen Partei; 1: maximaler Unterschied zwischen den Positionen des Befragten und der jeweiligen Partei.

Signifikanzniveau: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: ZA5302.

Welche Bedeutung haben die einzelnen Determinanten? Auch bei dieser Operationalisierung von Themenorientierungen erweist sich die Parteiidentifikation als der mit großem Abstand stärkste Erklärungsfaktor des Wahlverhaltens. Besonders bei den kleinen Parteien bestimmt sie mit Wahrscheinlichkeitsänderungen zwischen 85 und 92 Prozentpunkten die Entscheidung besonders stark. Des Weiteren ist auffällig, dass bei der FDP, den Grünen und der Linken Themenorientierungen eine deutlich größere Rolle spielen als bei den Unionsparteien und der SPD, sowohl gemessen an den Verbesserungen der Modellgüte als auch an den Wahrscheinlichkeitsveränderungen. Vor allem die FDP konnte ihr thematisch nahestehende Wähler in besonderem Maße überzeugen (19.0 Prozentpunkte Zuwachs bei vollkommener Übereinstimmung im Vergleich zu keiner Übereinstimmung). Bei der Linken beträgt die Zunahme immerhin noch 13.5 und bei den Grünen 13.1 Prozentpunkte. Bei

7 Alle Analysen wurden parallel mit der Operationalisierung der Issuedistanzen über das Richtungsmodell (Rabinowitz und Macdonald 1989: 96 f.) gerechnet. In allen Modellen für die einzelnen Parteien erwies sich das Distanzmodell als erklärungskräftiger. Zudem war der Zuwachs der Modellgüte durch ein Einfügen der Issuedistanzen im letzten Schritt einer schrittweisen logistischen Regression für das Distanzmodell stets höher, so dass im Folgenden lediglich die Ergebnisse für diese Modellierung präsentiert und interpretiert werden. Für eine Konzentration auf lediglich eines dieser Modelle spricht zudem das Zitat in Abschnitt 2.1 von Macdonald, Rabinowitz und Listhau (1998: 681).

den beiden Regierungsparteien von 2005 bis 2009 spielen Themen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Die Wahrscheinlichkeit, die Unionsparteien oder die SPD zu wählen, veränderte sich lediglich um 7.5 bzw. 9.7 Prozentpunkte und wurde in ihrer Bedeutung bei beiden Parteien von den Kandidatenorientierungen übertroffen (19.6 bzw. 15.7 Prozentpunkte). Noch deutlicher lässt sich die unterschiedliche Relevanz der kurzfristigen Determinanten an der Veränderung der Modellgüte erkennen (0.4 bzw. 0.8 Prozentpunkte für die Positionissues, 7.7 bzw. 5.2 Prozentpunkte für die Kandidatenorientierungen).

Tabelle 9: Erklärungsmodell mit Positionissues für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009, Wahrscheinlichkeitsänderungen und Verbesserungen der Modellgüte auf Basis der logistischen Regression in Tabelle 8

Distanzmodell	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		Linke	
	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$
PID	0.138 ^c	0.532	0.173 ^c	0.768	0.189 ^c	0.850	0.258 ^c	0.861	0.364 ^c	0.921
Positionissues	0.008 ^c	-0.075	0.004 ^c	-0.097	0.047 ^c	-0.190	0.023 ^c	-0.131	0.025 ^c	-0.135
Kandidat	0.077 ^c	0.196	0.052 ^c	0.157	0.027 ^c	0.071	0.006 ^b	0.030	0.001	0.010

Kodierung: Siehe Tabellen 5 und 8.

ΔR^2 : Veränderung der Gesamterklärungskraft des Modells durch Hinzufügen der jeweiligen Variable im letzten Schritt einer schrittweisen logistischen Regression (Nagelkerkes R^2); $\Delta Wkt.$: Wahrscheinlichkeitsveränderung für die Wahl der entsprechenden Partei, wenn man die jeweilige Variable vom Minimum zum Maximum zum Maximum bewegt und die anderen Variablen je nach Skalenniveau auf Modus, Median oder Mittelwert setzt; PID = Parteiidentifikation.

Signifikanzniveau: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: ZA5302.

Kandidatenorientierungen spielen im Gegensatz dazu bei den kleinen Parteien nur eine untergeordnete (Grüne und FDP) oder gar keine Rolle (Die Linke). Diese Befunde zeigen sich auch bei Betrachtung der Verbesserung der Modellgüte mithilfe der ΔR^2 -Werte. Daher lässt sich für die Modelle mit Positionissues die erste Hypothese nur teilweise, die zweite hingegen ganz bestätigen: Themenorientierungen spielen bei der Wahl kleiner Parteien eine größere Rolle. Insgesamt werden die Modelle jedoch alle von der Parteiidentifikation dominiert.

Die Bedeutung von Themenorientierungen in Teilgruppen des Elektorsats lässt sich Tabelle 10 entnehmen. Unterscheidet man zwischen Wählern in West- und Ostdeutschland, bietet sich ein gemischtes Bild. Während der Issueeffekt, gemessen mit der Verbesserung der Modellgüte, in Westdeutschland bei den drei kleinen Parteien größer ist als im Osten, sind die Wahrscheinlichkeitsveränderungen für die Union, die FDP und die Grünen bei Westdeutschen größer als bei Ostdeutschen. Einheitliche Muster zugunsten oder zuungunsten von Hypothese 3 lassen sich also nicht finden.

Für Bildung müssen die Ergebnisse sehr differenziert betrachtet werden. Da die Themeneffekte bei der FDP und den Grünen bei einem höheren Bildungsniveau größer sind (25.3 Prozentpunkte bzw. 19.7 Prozentpunkte Wahrscheinlichkeitszuwachs für die Wahl der jeweiligen Partei bei vollständiger Übereinstimmung der thematischen Positionen zwischen

Befragtem und Partei), lässt sich für diese beiden Parteien die Kompetenzhypothese bestätigen. Wenig systematisch sind hingegen die Ergebnisse für die Union, die SPD und die Linke.

Tabelle 10: Bedeutung von Positionsisues für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 in verschiedenen Gruppen (Distanzmodell)

	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		Linke	
	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$	ΔR^2	$\Delta Wkt.$
Gesamt	0.008 ^c	-0.075	0.004 ^c	-0.097	0.047 ^c	-0.190	0.023 ^c	-0.131	0.025 ^c	-0.135
West	0.008 ^c	-0.076	0.004 ^b	-0.096	0.048 ^c	-0.198	0.025 ^c	-0.139	0.028 ^c	-0.130
Ost	0.013 ^c	-0.062	0.011 ^b	-0.121	0.041 ^c	-0.126	0.019 ^b	-0.082	0.018 ^c	-0.175
Bildung niedrig	0.005 ^b	-0.054	0.007 ^b	-0.144	0.051 ^c	-0.173	0.027 ^c	-0.095	0.025 ^c	-0.149
mittel	0.021 ^c	-0.137	0.003	-0.106	0.039 ^c	-0.184	0.021 ^c	-0.129	0.023 ^c	-0.124
hoch	0.002	-0.049	0.005	-0.079	0.055 ^c	-0.253	0.025 ^c	-0.197	0.032 ^b	-0.133
Interesse niedrig	0.011 ^b	-0.070	0.004	-0.088	0.036 ^c	-0.129	0.072 ^c	-0.234	0.032 ^b	-0.135
mittel	0.012 ^c	-0.116	0.004 ^a	-0.106	0.053 ^c	-0.207	0.005 ^a	-0.058	0.034 ^c	-0.149
hoch	0.001	-0.023	0.006 ^a	-0.085	0.052 ^c	-0.255	0.020 ^b	-0.143	0.014 ^b	-0.126
PID	0.010 ^b	-0.266	0.003	-0.188	0.018	-0.330	0.015	0.397	0.007	-0.168
Keine PID	0.023 ^c	-0.067	0.010 ^b	-0.089	0.065 ^c	-0.201	0.065 ^c	-0.166	0.057 ^c	-0.151
Wechselwähler	0.014 ^a	-0.071	0.001	-0.029	0.140 ^c	-0.646	0.045 ^c	-0.327	0.056 ^c	-0.365
Stammwähler	0.012 ^c	-0.191	0.003 ^b	-0.155	0.013 ^b	-0.055	0.019 ^c	-0.095	0.007 ^a	-0.036
Splitting	0.009	-0.081	0.003	-0.101	0.092 ^c	-0.513	0.018 ^b	-0.214	0.025 ^b	-0.163
Nichtsplitting	0.008 ^c	-0.106	0.004 ^b	-0.121	0.022 ^c	-0.105	0.022 ^c	-0.146	0.032 ^c	-0.206

Kodierung: siehe Tabellen 5, 7 und 8.

ΔR^2 : Veränderung der Gesamterklärungskraft des Modells durch Hinzufügen der Positionsisues; $\Delta Wkt.$: Wahrscheinlichkeitsveränderung für die Wahl der entsprechenden Partei, wenn man die Positionsisuevariable vom Minimum zum Maximum bewegt und die anderen Variablen je nach Skalenniveau auf Modus, Median oder Mittelwert setzt; PID = Parteiidentifikation.

Signifikanzniveau: a: $p < 0.05$, b: $p < 0.01$, c: $p < 0.001$.

Quelle: ZA5302.

Noch weniger systematisch sind die Befunde beim politischen Interesse. Hier zeigt sich lediglich bei der FDP eine zunehmende Bedeutung des Issuewählens bei wachsendem politischem Interesse, so dass sich die Hypothese nur für diese Partei bestätigen lässt. Bei den anderen Parteien, mit Ausnahme der Grünen, scheinen die themenspezifischen Effekte bei der Gruppe der hoch Interessierten am schwächsten zu sein, widersprechen also den Erwartungen.

Betrachtet man die Parteiidentifikation, ergibt sich bei allen Parteien, insbesondere wiederum bei der FDP, den Grünen und der Linken, dass Themenorientierungen bei Personen ohne Parteibindung eine deutliche Verbesserung der Modellgüte herbeiführen, während diese bei den Wahlberechtigten mit Parteibindung nicht einmal signifikant zur Verbesse-

rung der Modelle beitragen (mit Ausnahme des Modells für die Unionsparteien). Dies spiegelt sich auch in den Wahrscheinlichkeitsveränderungen wieder: Überraschenderweise ergeben sich für diese durchgängig stärkere Themeneffekte bei denjenigen, die sich mit der jeweiligen Partei identifizieren. Allerdings ist dieser Einfluss nur im Fall der Unionsparteien signifikant. Insgesamt lässt sich also diese Hypothese mehrheitlich bestätigen.

Beim Vergleich zwischen Stamm- und Wechselwählern findet sich zum wiederholten Mal ein Unterschied zwischen den beiden großen und den drei kleinen Parteien. Während bei den Unionsparteien und der SPD die Wahrscheinlichkeitsänderungen für die Stammwähler deutlich größer sind als für die Wechselwähler, verhält es sich bei der FDP, den Grünen und der Linken genau umgekehrt. Das heißt, dass Wechsel zu den kleinen Parteien vor allem durch deren thematische Positionierung hervorgerufen werden, während die Wähler, die die Unionsparteien und die SPD bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich zu 2005 für sich gewinnen konnten, in deutlich geringerem Maße von deren Agenda und Positionen angezogen wurden.

Beim Stimmensplitting zeigt sich ein ähnliches Muster. Bei den großen Parteien ist der Themeneffekt für Personen, die beide Stimmen derselben Partei gegeben haben, größer als für diejenigen, die mit ihren beiden Stimmen unterschiedliche Parteien gewählt haben. Letzterer Effekt nicht einmal insignifikant. Auch bei der Linken ist es so, dass die Wahrscheinlichkeitsänderung zugunsten der Wahl dieser Partei für die Nichtsplitter größer ist als für die Splitter. Ein Grund dafür ist wohl im Mangel an potenziellen Koalitionspartnern zu suchen, denn bei der FDP und den Grünen mit ihren "natürlichen" Koalitionspartnern CDU und CSU bzw. SPD zeigen sich sehr starke themenbezogene Effekte für die Splitter. Stimmen die eigenen Positionen vollkommen mit denen der FDP überein, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, diese Partei zu wählen, bei Stimmensplittlern um 51.3 Prozent, bei den Grünen immerhin noch um 21.4 Prozent. Dies ist ein Beleg dafür, dass beide Parteien bei der Bundestagswahl 2009 in besonderem Maße von ihrer thematischen Attraktivität profitieren konnten und Wähler, die mit der Erststimme eine der beiden großen Parteien gewählt hatten, offensichtlich nicht nur aus strategischen Erwägungen ihre Zweitstimme an den potenziellen Koalitionspartner vergaben.

5. Zusammenfassung

Ziel dieses Beitrags war die Analyse der Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009. Die Betrachtung erfolgte dabei getrennt nach Valenz- und Positionsisues. Besonderes Augenmerk galt der Frage, ob politische Themen in einigen ausgewählten Teilgruppen des Elektorats eine größere Bedeutung haben als in anderen.

Die deskriptiven Ergebnisse im dritten Abschnitt zeigen deutlich, dass es bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen zu einer Ausdifferenzierung bei der Nennung des wichtigsten Problems kam. Zwar dominierte auch 2009 die Arbeitsmarktpolitik, doch konnten vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise mit Wirtschafts- und Sozialpolitik zwei weitere Themen deutlich mehr als 10 Prozent der Nen-

nungen auf sich vereinigen. Die Unionsparteien wurden in allen Bereichen als mit Abstand am kompetentesten für die Lösung des wichtigsten Problems angesehen. Mit Ausnahme der Bildungspolitik lag die SPD stets auf dem zweiten Platz.

Bei den Positionsisues wird deutlich, dass etwas mehr als zwei Drittel des Elektorats die Positionen aller Parteien zu den drei im GLES-Querschnitt 2009 erhobenen Streitfragen kannten, wobei die Positionen der Linken besondere Probleme bereiteten. Was die durchschnittliche Position der Bürger im Vergleich zu den mittleren wahrgenommenen Positionen der Parteien angeht, so standen die Wähler bei der sozioökonomischen und der gesellschaftspolitischen Streitfrage den Unionsparteien am nächsten. In der Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie gab es die größte Übereinstimmung mit der SPD.

Unter der Kontrolle von Parteiidentifikation und Kandidatenorientierungen wurde im vierten Abschnitt die Bedeutung von Themenorientierungen in ausgewählten Gruppen des Elektorats untersucht. Für die Analysen mit Valenz- und Positionsisues zeigten sich weitgehend ähnliche Befunde. So konnten Sachfragen bei der Bundestagswahl 2009 einen stärkeren Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten aller Parteien entfalten als Kandidatenorientierungen. Allerdings erwies sich die Parteiidentifikation in allen Modellen als mit großem Abstand am erklärungskräftigsten. Differenziert man zwischen den einzelnen Parteien, so zeigten sich bei der FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken deutlich stärkere Issueeffekte als bei den Unionsparteien und der SPD. Keinerlei systematische Belege finden sich für ein stärkeres themenorientiertes Wahlverhalten unter Ostdeutschen, bei höher Gebildeten und stärker politisch Interessierten. Bürger ohne Parteibindung berücksichtigten Themenorientierungen deutlich stärker bei ihrer Wahlentscheidung als Personen mit einer Parteiidentifikation.

Abweichungen in den Befunden zwischen den Analysen mit Valenz- und Positionsisues ergeben sich für die Betrachtung von Wechselwählern und Stimmensplittern. Bei der Verwendung von Valenzisues zeigen sich deutlich stärkere Effekte der Themenorientierungen für Wechselwähler als für Stammwähler. Die Hypothese, dass Issuevoting unter Personen, die ihre beiden Stimmen aufteilen, eine stärkere Bedeutung hat als unter Wählern, die das nicht tun, kann klar abgelehnt werden. Dagegen resultieren bei der Nutzung von Positionsisues differenzielle Effekte: Bei den kleinen Parteien entsprechen die Ergebnisse den formulierten Hypothesen, bei den Unionsparteien und der SPD nicht.

Insgesamt erweisen sich die Ergebnisse zur unterschiedlichen Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten in Teilgruppen des Elektorats also als durchwachsen, da mehr als die Hälfte der Hypothesen nicht bestätigt werden konnte. Ein Grund dafür könnte in der besonderen Konstellation der Bundestagswahl 2009 zu finden sein: Die Große Koalition sorgte dafür, dass der übliche Schlagabtausch zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien auf ein Mindestmaß eingedämpft wurde. Schließlich mussten nicht nur die regierenden Volksparteien mit gegenseitigen Angriffen behutsam umgehen, sondern auch die Oppositionsparteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen sich vorsehen, ihre potenziellen Koalitionspartner nicht unnötig durch Angriffe auf die Regierungspolitik zu beschädigen oder zu verärgern. Die Folge war ein Wahlkampf, der unter anderem als "langweilig" (Rattinger et al. 2011) oder als "Valium-Wahlkampf" (Hochwind 2009) bezeichnet wurde. Durch die besondere Konstellation der politischen Akteure konnte wohl auch die Wirtschafts- und Finanzkrise als politisches Topthema nicht die durchaus möglichen verstärkenden Effekte auf den Wettbewerb zwischen den Parteien entfalten: Die Große Koalition

wirkte wie ein Puffer und verhinderte so eine stärkere Durchdringung des politischen Wettbewerbs mit politischen Themen.

Ein weiterer Grund könnte sich aus der Auswahl der Gruppenvariablen ergeben. Zwar wurde dem Aspekt Rechnung getragen, dass "nicht alle Bürger (...) im gleichen Maße willens und fähig [sind], sachfragenorientiert zu entscheiden" (Schoen/Weins 2005: 230), aber *issue publics* (Campbell et al. 1960: 176–177) im Sinne einer größeren Bedeutung einzelner Themen oder einer stärkeren Betroffenheit durch bestimmte Sachfragen wurden im Rahmen der Analysen nicht berücksichtigt. Auch die Abgrenzung der ausgewählten Gruppen selbst führt möglicherweise zu einer Verzerrung der Effektstärke der Themenorientierungen. Allerdings ist aufgrund der analytischen Vorgehensweise – isolierte und keine multivariate Betrachtung der Gruppenvariablen sowie die Schätzung der Veränderung der Wahrscheinlichkeit für die Wahl einer Partei durch die Variation zwischen Minimum und Maximum – wohl eher von einer Überschätzung der Effekte von Themenorientierungen auszugehen. Zusätzlich könnte es gewinnbringend sein, die Interaktionseffekte mit den Gruppenvariablen explizit über Interaktionsterme zu modellieren und nicht über separate Analysen für die Teilgruppen der Gruppenvariable.

Für eine adäquate Einschätzung differenzieller Effekte von Sachfragen auf die Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen würde es zudem sinnvoll erscheinen, mehrere Bundestagswahlen in einer Analyse zu betrachten, da "jede Wahl (...) ihre besonderen Konstellationen an politischen Themen, Siegchancen der konkurrierenden Lager, Spitzenkandidaten und anderem mehr [hat]" (Ohr 2000: 298). Insofern gibt es noch genug Potenzial für weitere Forschung zur Bedeutung politischer Themen für das Wahlverhalten in Deutschland.

Literatur

- Campbell, Angus et al. (1960): *The American Voter*, New York: John Wiley & Sons.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller (1954): *The Voter Decides*, Westport: Greenwood Press.
- Claassen, Ryan L. (2009): "Direction versus Proximity. Amassing Experimental Evidence", *American Politics Research* 37: 227–253.
- Dalton, Russell J. (1984): "Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Societies", *Journal of Politics* 46: 264–284.
- Dalton, Russell J. (2008): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, Washington, DC: CQ Press (5. Aufl.).
- Dalton, Russell J., Scott C. Flanagan und Paul A. Beck (Hg.) (1984): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies – Realignment or Dealignment?*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Dalton, Russell J., und Martin P. Wattenberg (Hg.) (2000): *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford: Oxford University Press.
- Davis, Otto A., Melvin J. Hinich und Peter C. Ordeshook (1970): "An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process", *American Political Science Review* 64: 426–448.
- Debus, Marc (2007): "Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens in Deutschland bei den Bundestagswahlen 1987, 1998 und 2002. Eine Anwendung des Modells von Adams, Merrill und Grofman", *Politische Vierteljahresschrift* 48: 269–292.

- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row.
- Dülmer, Hermann (2005): "Die politischen Probleme: Lösungskompetenzen von Parteien und Kandidaten", in Manfred Güllner et al. (Hg.), *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 85–102.
- Franklin, Mark, Tom Mackie und Henry Valen (Hg.) (1992): *Electoral Change. Responses to Evolving. Social and Attitudinal Structures in Western Countries*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Gschwend, Thomas (2004): *Strategic Voting in Mixed Electoral Systems*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Hochwind, Helga (2009): "Valium-Wahlkampf frustet die Bürger", *Spiegel Online* vom 8. September 2009 (URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,646377,00.html>, zuletzt besucht am 16.3.2011).
- Inglehart, Ronald, und Avram Hochstein (1972): "Alignment and Dealignment of the Electorate in France and the United States", *Comparative Political Studies* 5: 343–372.
- Kellermann, Charlotte (2008): *Trends and Constellations. Klassische Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990–2005*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kellermann, Charlotte, und Hans Rattinger (2005): "Round up the Usual Suspects. Die Bedeutung klassischer Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002", in Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Bernhard Weißels (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 189–212.
- Kunz, Volker, und Isabell S. Thaidigsmann (2005): "Die Relevanz von Themenorientierungen für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002", in Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Bernhard Weißels (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 50–76.
- Lachat, Romain (2007): *A Heterogenous Electorate. Political Sophistication, Predisposition Strength, and the Voting Decision Process*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Lewis, Jeffrey B., und Gary King (1999): "No Evidence on Directional vs. Proximity Voting", *Political Analysis* 8: 21–33.
- Macdonald, Stuart E., George Rabinowitz und Ola Listhaug (1998): "On Attempting to Rehabilitate the Proximity Model. Sometimes the Patient Just Can't Be Helped", *The Journal of Politics* 63: 653–690.
- Ohr, Dieter (2000): "Wird das Wählerverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland von 1961 bis 1998", in Markus Klein et al. (Hg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 272–308.
- Popkin, Samuel L. (1991): *The Reasoning Voter. Communication and Persuasion in Presidential Campaigns*, Chicago: The University of Chicago Press.
- Rabinowitz, George, und Stuart Elaine Macdonald (1989): "A Directional Theory of Issue Voting", *American Political Science Review* 83: 93–121.
- Rabinowitz, George, James W. Prothro und William Jacoby (1982): "Salience as a Factor in the Impact of Issues on Candidate Evaluation", *Journal of Politics* 44: 41–63.
- Rattinger, Hans et al. (2011): *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schmitt, Hermann (1998): "Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz? Zwei Modelle des Einflusses politischer Streitfragen auf das Wahlverhalten und die empirische Evidenz aus drei Nachwahlumfragen zur Bundestagswahl 1994", in Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 145–172.
- Schoen, Harald (2005): "Wechselwahl", in Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 367–387.

- Schoen, Harald, und Cornelia Weins (2005): "Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten", in Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–242.
- Shikano, Susumu, und Joachim Behnke (2009): "Issuewählen bei der Bundestagswahl 2005. Eine empirische Schätzung der Verlustfunktion der deutschen Wählerschaft", in Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Bernhard Weßels (Hg), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 251–266.
- Sniderman, Paul M., Richard A. Brody und Philip E. Tetlock (1991): *Reasoning and Choice. Explorations in Political Psychology*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Stokes, Donald E. (1963): "Spatial Models of Party Competition", *American Political Science Review* 57: 368–377.